

Revolutionäre Zeiten

Von der „Friedlichen Revolution“ zu den Protesten in der arabischen Welt

Öffentliches Kolloquium am 16. Mai 2014, Dresden

Projektleitung:

Dr. phil. Julia Schulze Wessel

TU Dresden, Institut für Politikwissenschaft
Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte

Eine Kooperation des Lehrstuhls für Politische Theorie und Ideengeschichte der TU Dresden, dem Deutschen Hygiene-Museum Dresden und Weiterdenken – Heinrich- Böll- Stiftung Sachsen.

TU Dresden
Philosophische Fakultät
Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte
Projektseminar: Revolutionstheorien
Dozentin: Dr. Julia Schulze Wessel
WS 2013/2014

Seminararbeit

Am Vorabend der Revolution

**Zur Übertragbarkeit der Konzepte der revolutionären Situation von
Wladimir I. Lenin und Charles Tilly**

Verfasser:

Philipp Tönjes

Linda Gabriele Witte

Eingereicht am 18.03.2014

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung (<i>Linda G. Witte · Philipp Tönjes</i>).....	3
2	Theoretische Grundlage.....	6
2.1	Die revolutionäre Situation bei Lenin (<i>Philipp Tönjes</i>).....	6
2.2	Die revolutionäre Situation bei Tilly (<i>Linda G. Witte</i>).....	8
2.3	Theoriesynthese (<i>Linda G. Witte · Philipp Tönjes</i>).....	12
3	Die revolutionäre Situation bei Tocqueville (<i>Philipp Tönjes</i>).....	15
3.1	Herrschaftskrise: Unfähigkeit und Verfall.....	16
3.2	Notlagen der Bevölkerung: Das Tocqueville-Paradoxon.....	18
3.3	Aktivität – Unterstützung: Der revolutionäre Geist.....	19
3.4	Revolutionäre Elite: Revolution ohne Führer?.....	20
4	Die revolutionäre Situation bei Brinton (<i>Linda G. Witte</i>).....	23
4.1	Herrschaftskrise: Mangelnde Kompetenzen des Staates.....	23
4.2	Notlagen der Bevölkerung: Subjektiv und objektiv.....	26
4.3	Aktivität – Unterstützung: Protest der Bürger.....	27
4.4	Revolutionäre Elite: Intellektuelle als Wegbereiter?.....	27
5	Fazit (<i>Linda G. Witte · Philipp Tönjes</i>).....	28
	Literaturverzeichnis.....	31

1 Einleitung

Linda G. Witte · Philipp Tönjes

Der Beginn des „Arabischen Frühlings“ wird gemeinhin auf ein einzelnes Ereignis zurückdatiert: die Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010. In einer solchen Lesart lässt sich guten Gewissens ein Buchtitel wie „Chronik einer Revolution – Wie ein Gemüsehändler einen Präsidenten stürzt“ (Ben Hamida 2011) formulieren oder die Forderung erheben, den 17. Dezember in den „17. Bouazizi“ umzubenennen (vgl. Alnasseri 2011: 273). Diese auf ein Individuum zentrierte Sichtweise – die vor allem einem „need for simplicity and drama“ (Alimi u. Meyer 2011: 475) dienen könnte – krankt aber an der Tatsache, dass Bouazizis Tat bei weitem nicht der einzige potentielle Auslöser war. Allein in der zweiten Hälfte des Jahres 2010 wurden acht andere Selbstverbrennungen gezählt, zudem kam es 2008 zu einem Aufstand von Minenarbeitern (vgl. Lim 2013: 922-924). Warum haben sie keine Revolution auszulösen vermocht? Die Antwort kann nicht im Ereignis selbst zu finden sein, sondern in den Umständen zum Zeitpunkt seines Geschehens. In diesem Sinne lässt sich argumentieren, dass „Bouazizi’s self-immolation was not necessarily the single spark that would provoke an Arab Spring, but that the conditions across the Middle East and North Africa had made it possible for such sparks to create contagion at this time“ (Alimi u. Meyer 2011: 476). Damit wird der Auslöser austauschbar, und es gerät in den Fokus, welche Umstände den metaphorischen „Vorabend“ der Revolution so empfänglich für ihn machten. Dieser Erscheinung geht die vorliegende Arbeit im Rahmen folgender Forschungsfrage nach: *Welche Bedingungen müssen gegeben sein, damit eine Revolution zum Ausbruch gelangen kann?*

Entsprechend ist es nicht Erkenntnisinteresse, zu klären, auf welchem Wege diese Bedingungen hergestellt wurden, gleichsam also langfristige Faktoren in den Blick zu nehmen, da diese mannigfaltiger Natur sein können (vgl. Tilly 1993: 29) und bereits reichlich untersucht wurden (vgl. Bennani-Chraïbi u. Fillieule 2012: 767). Ebenfalls gilt es nicht, den simplifizierenden und oft idiosynkratischen Pfad der Analyse von Auslöser-Ereignissen einzuschlagen.¹

Als Ausgangspunkt der Analyse bietet sich das Konzept der „revolutionären Situation“, wie es sowohl Lenin als auch Charles Tilly formulierten, an. Trotz einiger Unterschiede ist beiden gemein, darunter einen Zustand zu verstehen, in dem alle Bedingungen für den Ausbruch einer Revolution gegeben sind und der ihr als solcher vorausgehen muss, sodass „eine Revolution ohne revolutionäre Situation unmöglich ist“ (Lenin 1951: 11).

Die revolutionäre Situation bewegt sich nicht nur real, sondern auch in der Rezeption durch die Fachliteratur im Spannungsfeld zwischen langfristigen strukturellen Faktoren und Auslöser-Ereignissen und läuft Gefahr, darüber vernachlässigt zu werden. Bezeichnenderweise beklagen Bennani-Chraïbi und Fillieule unter dem programmatischen Titel „Pour une sociologie des situations révolutionnaires“: „D’une part, si les sciences sociales sont prolixes sur les causes et les conséquences des révolutions, elles sont beaucoup moins sur les situations révolutionnaires [...]“ (Bennani-Chraïbi u. Fillieule 2012: 767). Ihr eigener Ausweg – Zurückweisung jeglicher Makro-Strukturen und Kausalität zugunsten eines Fokus einzig auf die Mikroebene der Akteure, deren bloße Interaktion die revolutionäre Situation konstituiere (vgl. ebd.: 790f.) – scheint in seiner Radikalität unausgewogen zu sein. Außerdem vermag dieser Ansatz angesichts der Kontingenz menschlichen Handelns keine objektiven Bedingungen zu nennen und besitzt daher keine Prognosekraft.

Einen Versuch einer Systematisierung der revolutionären Situation unternahm Dohse bereits 1971. Er konzipiert ein stufenweises Modell, in dem die Bevölkerung in einem ersten Schritt ihr zugefügte strukturelle Gewalt wahrnimmt, sodann das Herrschaftssystem als verantwortlich dafür erkennt und zuletzt zum Bewusstsein gelangt, dass dieses veränderbar ist (vgl. Dohse 1971: 563). Dergestalt wandele sich die „abgeschwächt latente Krise“ (ebd.: 563) über die „manifeste Krise“ (ebd.: 568) zur „verstärkt manifeste[n] Krise“ (ebd.: 570). Angetreten, um das „Zustandekommen einer revolutionären Situation“ (ebd.: 563) zu analysieren, operiert er fortan jedoch nur mit dem Begriff der „revolutionären Krise“, sodass offenbleibt, ob die eigentliche revolutionäre Situation den gesamten Prozess umfasst oder nur sein Ergebnis.

Darüber hinaus wird das Konzept zwar gelegentlich mit Verweis auf Tilly rezipiert, jedoch nicht als eigener Untersuchungsgegenstand entfaltet oder gar fortentwickelt. Beispielsweise zeigen Kuntz und Thompson, wie durch ein Auslöser-Ereignis eine revolutionäre Situation geschaffen werden kann (vgl. Kuntz u. Thompson 2009: 261), lösen aber durch diese Umkehr in der zeitlichen Abfolge Verwirrung über ihr Begriffsverständnis aus. Lenins Konzept dagegen scheint zu Gunsten Tillys fallengelassen worden zu sein und nach dem Ende des Ostblocks kaum mehr Vertreter gefunden zu haben, jedenfalls datieren entsprechende Publikationen überwiegend vor oder kurz nach 1990 (vgl. z. B. Churchward 1970, Gerns 1988, Zinecker 1991).

Dieser Literaturüberblick verdeutlicht, dass der Kern des Begriffs der revolutionären Situation keineswegs ausreichend elaboriert ist und ungeachtet dessen durch eigene Ansätze von Wissenschaftlern – zumeist aus der Systemlehre – noch weiter diversifiziert wird. Die vorlie-

gende Arbeit plädiert daher dafür, den Begriff durch die Rückkehr zu seinen theoretischen Ursprüngen zu schärfen. Hierzu soll das Konzept der revolutionären Situation bei Lenin und Tilly rekonstruiert und in einen gemeinsamen Analyserahmen überführt werden. Dieser findet dann auf die Revolutionstheorien von Alexis de Tocqueville und Crane Brinton Anwendung, um so auf möglichst breiter Basis die Bedingungen für den Ausbruch einer Revolution zu identifizieren. Die Wahl fiel auf die beiden Autoren, weil sie für eine empirisch fundierte Richtung der Revolutionstheorie stehen und damit womöglich als allgemeingültiger gelten können als beispielsweise die normativen Entwürfe von Rosa Luxemburg und Hannah Arendt. Zudem stellt die Kombination von Tocquevilles Fallanalyse zur Französischen Revolution mit Brintons übergreifender Vergleichsstudie ein erkenntnisträchtiges Konglomerat aus detaillierten Mechanismen und generalisierenden Aussagen in Aussicht. Anzumerken ist jedoch, dass beide das Konzept der revolutionären Situation nicht gebrauchen. Es wird zu zeigen sein, dass mithilfe der lenin-tillyschen Kategorien entsprechende Elemente dennoch herausgearbeitet werden können.

Seine methodische Umsetzung findet diese Forschungsabsicht in einer Auseinandersetzung mit den Primärtexten, um eine möglichst werkgetreue Auslegung sicherzustellen. Im Falle Lenins und Tillys besteht die Notwendigkeit, ihre recht abstrakt gehaltenen Definitionen der revolutionären Situation durch weitere Fundstellen zu operationalisieren, bei Lenin zusätzlich unter Zuhilfenahme von Marx und Engels. Tocqueville und Brinton betreffend, stehen vor allem die entsprechenden Hauptwerke „Der alte Staat und die Revolution“ beziehungsweise „The Anatomy of Revolution“, nebst einiger kleinerer Texte, im Vordergrund. Die Sekundärliteratur wird nur unterstützend herangezogen, entweder als Bekräftigung, oder um auf Kontroversen in der Interpretation hinzuweisen und diese gegebenenfalls begründet aufzulösen.

Entsprechend gliedert sich die vorliegende Arbeit zur Beantwortung der Forschungsfrage in vier Teile. Das erste Kapitel dient der Rekonstruktion der revolutionären Situation bei Lenin und Tilly und ihrer Integration in ein gemeinsames Konzept, das die notwendigen Kategorien für die weitere Untersuchung bereitstellt. Im zweiten und dritten Kapitel erfolgt deren Anwendung auf die Theorien Tocquevilles und Brintons. Dabei soll systematisch pro Kategorie herausgearbeitet werden, ob und in welcher Form das Modell einer revolutionären Situation im Denken der beiden Theoretiker implizit enthalten ist. Dabei sind Parallelen ebenso hervorzuheben wie entscheidende Abweichungen. Im letzten Kapitel erfolgt die Synthese der gewonnenen Erkenntnisse. Es wird dargelegt, wie die Theorien von Tocqueville und Brinton das Konzept der revolutionären Situation bestärken und welche Unterschiede so gravierend sind, dass sie dessen Modifikation erfordern. Ziel ist es, darauf aufbauend ein gemeinsa-

mes Modell der revolutionären Situation zu formulieren, in dem die Bedingungen enthalten sind, die für den Ausbruch einer Revolution erforderlich sind.

2 Theoretische Grundlage

2.1 Die revolutionäre Situation bei Lenin

Philipp Tönjes

In seiner Schrift „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ erteilt Lenin der Vorstellung einer rein voluntaristischen Erzwingung der Revolution eine Absage. Er entwickelt eine Lehre der „revolutionären Situation“, des Bestehens „objektiver“ Bedingungen als unerlässlicher Vorstufe für den Ausbruch einer Revolution (vgl. Lenin 1951: 11f.). Sie sei gekennzeichnet durch folgende Merkmale:

1. Die Unmöglichkeit für die herrschenden Klassen, ihre Herrschaft in unveränderter Form aufrechtzuerhalten; diese oder jene Krise der „Spitzen“, Krise der Politik der herrschenden Klasse [...]
2. Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Klassen über das gewohnte Maß hinaus.
3. Beträchtliche – aus den angeführten Ursachen sich herleitende – Steigerung der Aktivität der Massen, die [...] durch die ganzen Verhältnisse der Krise, *ebenso wie durch die „Oberschichten“ selbst* [Herv. im Original, Anm. d. Verf.], zur selbständigen historischen Aktion herangezogen werden. (ebd.: 11f.)

Lenins erste objektive Bedingung – eine *Herrschaftskrise* – kann in vielerlei Form zu Tage treten. Zum einen seien es Kriege, die die Regierenden in Bedrängnis bringen, indem sie die territoriale Integrität des Staates bedrohen, die Staatsfinanzen belasten und die Herrschenden in Abhängigkeit zum für sie kämpfenden Volk bringen (vgl. ebd.: 13f.) Ein weiteres Indiz lässt sich als Elitenkonflikt rekonstruieren, wenn Lenin darauf hinweist, dass die Gegner der Revolution sich selbst durch interne Zwistigkeiten schwächen würden (vgl. Lenin 1920). Das deckt sich mit Marx, der ebenfalls einen „Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse“ (Marx u. Engels 1959: 471) im Vorfeld der Revolution diagnostiziert. Hinzu kommt ein Versagen der Institutionen: Das staatliche Zwangsmonopol kriselt, weil die Streitkräfte zunehmend die Gefolgschaft verweigern (vgl. Churchward 1970: 41f.), und Unternehmerverbände als „Nebenregierung“ des bürgerlichen Systems revolutionäre Forderungen nicht integrieren können (vgl. Zinecker 1991: 558). Des Weiteren droht die Gefahr eines Staatsbankrotts (vgl. Lenin 1951: 13). Nicht zuletzt ist die Herrschaftskrise Ausdruck der Zuspitzung tiefliegender Widersprüche im kapitalistischen Gesellschaftssystem unter der Herrschaft der Bourgeoisie (vgl. Althusser 1962: 6f.). Diese gleiche „dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor“ (Marx u. Engels 1959: 467).

Die *Verschärfung von Not und Elend* ist dagegen nicht so klar gefasst, insbesondere, da Lenin es an Belegen für die „Verschärfung“ missen lässt. Wenn er beispielsweise die polizeiliche Willkür, die Zensur, die Unterdrückung von Bauern und Soldaten anführt (vgl. Lenin 1967b: 203), so geht daraus kein Nachweis für die Zunahme der Intensität dieser Missstände hervor. Sie scheinen vielmehr das „gewohnte Maß“ der Ausbeutung des Proletariats im kapitalistischen Wirtschaftssystem zu verkörpern. Elemente der plötzlichen Zuspitzung finden sich dagegen in den „Handelskrisen“ bei Marx, die Nahrungsmittelknappheit und Arbeitslosigkeit unter den Proletariern zur Folge hätten, sowie in einem verschärften Wettbewerb unter den Kapitalisten, der das Lohnniveau drücke (vgl. Marx u. Engels 1959: 468). Nicht zuletzt weist Wolpe darauf hin, dass diese Verelendung nicht nur als absolute gesehen werden muss, denn Engels habe auch die Möglichkeit einer relativen Verelendung in Erwägung gezogen (vgl. Wolpe 1970: 258). Neben diesen wirtschaftlichen Faktoren ist es wiederum der Krieg, der die Not der Massen rapide verschärfen kann (vgl. Lenin 1951: 13).

Die *Massenaktivität* entsteht Lenin zufolge „aus den angeführten Ursachen“, das heißt, sie ist Antwort auf die Herrschaftskrise und auf die Verschärfung von Not und Elend. Daher entwickelt sie sich zunächst ohne Zutun einer Avantgarde: „Nicht irgendeine Theorie, nicht irgendein Aufruf [...], sondern die Kraft der Tatsachen“ (Lenin 1957: 111) wirken mobilisierend. Auf dieser Stufe führen die Arbeiter einen elementaren Klassenkampf, der noch nicht auf einen revolutionären Umsturz, sondern auf die Besserung der Arbeitsbedingungen gerichtet ist. Ihre Organisation ist die Gewerkschaft, ihr Mittel der Streik (vgl. Mandel 1970: 161f.). Das dies „durch die Oberschichten selbst“ befördert werde, lässt sich mit Marx‘ These begründen, dass das Kapital sich notwendigerweise sein Negativ, das Proletariat, schaffe und entwickle (vgl. Marx 1957: 37). Die Oberschicht ist es auch, die zum Führen des Krieges auf die Unterstützung des Volkes angewiesen ist (vgl. Lenin 1951: 13) und ihm deshalb „ihre eigenen Bildungselemente, d. h. Waffen gegen sich selbst“ (Marx u. Engels 1959: 471) zuführt.

Zu diesen drei objektiven Bedingungen tritt ein *subjektiver Faktor*, der zwar selbst nicht Teil der revolutionären Situation ist, gleichwohl aber für deren erfolgreiches Umschlagen in eine Revolution gegeben sein muss: „die Fähigkeit der revolutionären *Klasse* zu revolutionären Massenaktionen, die genügend *stark* wären, um die alte Regierung zu stürzen (oder zu erschüttern) [...] [Herv. im Original, Anm. d. Verf.]“ (Lenin 1951: 12). Wie bereits geschildert, sind nach Lenins Auffassung die Massen aus eigener Kraft nur in der Lage, einen gewerkschaftlich-reformorientierten Kampf zu führen. Die Fähigkeit zu *revolutionärem* Handeln kann deshalb nur über eine Avantgarde-Partei hergestellt werden, indem sie bestimmte

Organisations- und Führungsfunktionen übernimmt: die Vernetzung von Protestgruppen (vgl. Lenin 1967a: 134), die Vorgabe von Zielen (vgl. ebd.: 134), Konspiration (vgl. Lenin 1967b: 241), die Leitung jedweder regierungsfeindlicher Tätigkeit (vgl. ebd.: 217) und die Programmerstellung (vgl. Mandel 1970: 165). Schließlich ist die Agitation entscheidend, denn die Massen gelangen nur von „Außen“ zu einem wirklich *revolutionären* Bewusstsein (vgl. Lenin 1967b: 202f.).

Lenins Verständnis einer revolutionären Situation verweist damit auf einen Moment des gemeinsamen Vorliegens, des *Zusammentreffens* der drei objektiven Bedingungen. Jaroslowski hebt hervor, dass es sich dabei meist nur um ein sehr kurzes Zeitfenster handle, das in seiner „Besonderheit unwiederholbar, ein einzigartiges historisches Phänomen“ (Jaroslowski 1973: 127) sei. Mithin sei ausschlaggebend, im richtigen Augenblick zur Tat zu schreiten (vgl. ebd.: 127). Es ist Jaroslowski daher zuzustimmen, wenn er aus dem Vorliegen objektiv reifer Faktoren in Form einer revolutionären Situation nicht auf eine „historische Notwendigkeit“ sondern eine „historische Möglichkeit des Sozialismus“ (ebd.: 103) schließt. Ausgehend von diesen Betrachtungen lässt sich die revolutionäre Situation bei Lenin wie folgt zusammenfassend konzeptualisieren: *Eine revolutionäre Situation ist ein flüchtiger Zustand der Reife zum revolutionären Ausbruch, bedingt durch das Zusammentreffen einer Herrschaftskrise, der Verschärfung von Not und Elend und gesteigerter Massenaktivität. Außerhalb dieses Zustands können oppositionelle Eliten den Ausbruch einer Revolution nicht herbeiführen; umgekehrt wird ohne ihr Zutun dieser Zustand nicht von selbst in eine Revolution umschlagen.*

2.2 Die revolutionäre Situation bei Tilly

Linda G. Witte

Für Charles Tilly setzt sich eine revolutionäre Situation aus „drei einander beeinflussende[n] Ursachen“ (Tilly 1993: 32) zusammen. Die erste stellt die sogenannte vielfältige Souveränität dar. Das zweite Merkmal ist die Zustimmung einer großen Menge der Bürger zu den Urhebern dieser Forderungen. Die gegenwärtige Regierung kann oder will die aufstrebenden Personen sowie deren Anhänger nicht bekämpfen. Dies ist der dritte Teil (vgl. ebd.).

Eine revolutionäre Situation trete auf, sobald den aktuellen Herrschern ihre Macht ernsthaft streitig gemacht werde durch einen oder mehrere Akteure, die sich als legitime Machthaber sehen (vgl. ebd.: 31f.). Diesen Zustand, in dem sich ein neues politisches System herausbilde, bezeichnet Tilly als vielfältige Souveränität (vgl. Tilly 1978: 200f.). Diese Eigenschaft einer

revolutionären Situation gehe auf Leo Trotzki zurück (vgl. ebd.: 190). Nach seiner Auffassung komme es

in der vorrevolutionären Periode zu einer Situation, wo die Klasse, die das neue Gesellschaftssystem zu verwirklichen berufen ist, [...] faktisch einen bedeutenden Teil der Staatsmacht in Händen hält [...]. Dieses ist der Ausgangspunkt der Doppelherrschaft in einer jeden Revolution. (Trotzki 1931: 205f.).

Ein Grund für vielfältige Souveränität ist neben der Einnahme eines eigenständigen Staates, dass die Bürger eines besetzten Gebietes Selbstständigkeit fordern würden. Des Weiteren werde das Fortbestehen einer Regierung bedroht, wenn Akteure, die bisher nicht im politischen System waren, kooperieren und Gewalt über ein gewisses Gebiet des Staates haben. Häufiger spalte sich ein bestehendes Gemeinwesen in mindestens zwei Teile, die jeweils einige Macht hätten. In diesem Fall würden oft Beteiligte des politischen Systems und aktive Bürger, die nicht an ihm mitwirken, zusammenarbeiten (vgl. Tilly 1978: 191f.).

Die Ausdehnung der alternativen Machthaber und ihrer Vorstellungen könne auf zwei Weisen geschehen: Es bilden sich Verbände, die sofort Veränderungen anstreben, die nicht mit dem Staatsaufbau vereinbar sind. Oder alternative Akteure, deren Ziele zunächst nicht das politische System gefährdet haben, verlangen nun dessen Ende. Diese Möglichkeit trete auf, wenn Amtsträger aus dem Gemeinwesen ausscheiden und aufstrebenden Personen mehrmals kein Zugang zu den freien Positionen gewährt werde (vgl. ebd.: 202f.).

Neue Weltanschauungen und Überzeugungen entstünden in beiden Fällen. Dass diese Lehren Probleme ihrer Anhänger enthalten, begünstige die Mobilisierung. Bei deren Ausarbeitung komme Intellektuellen eine zentrale Rolle in Revolutionen zu (vgl. ebd.: 204).

Ausschlaggebend für das Auftreten vielfältiger Souveränität und somit für eine revolutionäre Situation sei, dass die Herrschaftsgegner große Unterstützung erhalten und die Bürger nicht mehr der eigentlichen Regierung folgen (vgl. ebd. 192). Dieser Umstand ist laut Charles Tilly der zweite Teil revolutionärer Situationen (vgl. Tilly 1993: 32).

Neben der grundlegenden Anerkennung der alternativen Vorstellungen fördere das Vorgehen der gegenwärtigen Herrscher die Zustimmung zu diesen Ideen bisweilen massiv (vgl. Tilly 1978: 200 u. 204). Zentral ist für Tilly in diesem Zusammenhang die Unfähigkeit, lange bestehende soziale Leistungen zu erbringen wie die Breitstellung von Arbeitsplätzen, die Sicherheit und der Zugang zu rechtlichen Mitteln (vgl. ebd.: 204f.).

Eine andere Maßnahme, die die Billigung der alternativen politischen Ziele wesentlich vorantreibe, seien meist wirtschaftliche Forderungen der Regierung. Steuererhöhungen würden die Anerkennung der revolutionären Opposition am stärksten fördern. Auch durch plötzliche

Beschlagnahmungen und das Einziehen zum Militärdienst schwinde die Legitimität der Herrscher und die ihrer Gegner steige (vgl. ebd.: 205f.).

Das geschehe manchmal mit wenigen Vorzeichen, sollten sich die Regierungsgegner bedrängt fühlen, daraufhin schnell ihre Anhänger aktivieren sowie in kurzer Zeit Zustimmung für ihr neues Gemeinwesen erzeugen. Dieses Verhalten bezeichnet Charles Tilly als „defensive mobilization“ (ebd.: 206).

Mit ihr im Zusammenhang stehe die Annahme, nach einem langen Aufschwung könne ein wirtschaftlicher Einbruch eine Revolution auslösen. Das träfe noch eher zu, wenn die Regierung während der guten konjunkturellen Lage Mittel an Konkurrenten verteilt, was die Bürger wenig belaste. Ereigne sich dann eine Wirtschaftskrise, müssten die Herrschenden entweder die schon belasteten Bevölkerungsteile stärker beanspruchen, um weiterhin Zahlungen an andere zu tätigen, oder sie würden ihre Zusagen nicht einhalten, wodurch ihre Kritiker aufbegehren könnten. Beide Varianten würden eine defensive mobilization hervorrufen und die Aussichten der Menschen zunichtemachen (vgl. ebd.: 206f.).

Eine feste Gruppe, die sich für die Revolution engagiere, könne für die Zustimmung von entscheidender Bedeutung sein. Sie vereinfache die Machtübernahme, verbreite Informationen und sei in der Lage, Personen zum Einsatz für die Revolution zu bewegen, die sie bereits akzeptieren, deren Unterstützung also zu aktivieren. Zusätzlich helfe eine revolutionäre Organisation dabei, den besten Zeitpunkt für die Auflehnung auszuwählen. Bei Lenin finden sich Ausführungen über eine „closely directed conspirational party“ (ebd.: 208), die laut Tilly seiner eigenen Auffassung einer festen revolutionären Gruppe entsprechen (vgl. ebd.).

Schließlich sind die amtierenden Herrscher nicht fähig oder nicht willens, ihre Rivalen und deren Anhänger wirksam aufzuhalten (vgl. Tilly 1993: 32). Für das dritte Kennzeichen einer revolutionären Situation führt Charles Tilly drei Hauptursachen an: Einen Mangel an staatlichen Zwangsmitteln, deren unzureichende Nutzung, sollten sie zur Verfügung stehen, und Hindernisse gegenüber deren Einsatz (vgl. Tilly 1978: 209f.).

Die Ressourcen würden vor allem nicht ausreichen, falls die revolutionäre Opposition mehr von ihnen besäße als die offiziellen Herrscher. Dazu komme es, wenn der Staat schlagartig weniger Mittel habe, seine Gegenspieler schnell selbst einige anhäufen konnten oder wenn ein Akteur, dem viele Mittel gehören, zu den Gegnern gestoßen sei (vgl. ebd.: 209).

Die die Hypothese, unsachgemäßer Umgang mit Ressourcen hemme die Bekämpfung von Konkurrenten, lasse sich mit der Position stützen, die Staaten Europas hätten 1848 die Revolutionen auf ihren Territorien verhindern können, hätten sie ihre Mittel richtig verwendet (vgl. Langer 1969: 321f.; zit. n. Tilly 1978: 209f.). Das sei nicht geschehen, da den Herrschern ein

politisch aufgestiegenes Bürgertum und Arbeiterverbände gegenüberstanden (vgl. Tilly 1978: 209f.).

Dabei handelt es sich um zwei der Barrieren zur Anwendung staatlicher Mittel, die die dritte Ursache für die Unfähigkeit sind, die Konkurrenten der Herrscher zu stoppen. Ein zentrales Beispiel für solche Behinderungen sei die Kooperation von Angehörigen des gegenwärtigen politischen Systems mit Revolutionären. Revolutionäre Opposition und Armee würden das mächtigste Bündnis formen (vgl. ebd.: 210).

Kooperieren die revolutionären Akteure nicht mit Teilen des Gemeinwesens, bestehe kaum Aussicht auf die Übergabe von Macht. Die Angehörigen des Systems würden sich gemäß Tilly aufgrund von drei Bedingungen mit den Revolutionären verbünden: Die Spaltung des Gemeinwesens, das Fehlen geeigneter Partner dort oder der drohende Ausschluss (vgl. ebd.: 213).

Intellektuelle, die die politischen Verhältnisse nicht mehr anerkennen, würden sich besonders häufig den revolutionären Kreisen anschließen. Sie könnten leitende Aufgaben übernehmen, beim Aufbau neuer Denkweisen helfen und Kontakte zu hochrangigen Beamten vermitteln. Im Gegenzug würden sie Unterstützung in ihrer Auseinandersetzung mit der Regierung erhalten. Tilly sieht in der Abwendung der Elite vom Gemeinwesen den stärksten Antrieb für eine revolutionäre Situation (vgl. ebd.: 214).

Ein Krieg fördere immer den Ausbruch von Revolutionen. Dabei beruft sich Charles Tilly auf Walter Laqueur. Nach dessen Darstellung begünstigen materielle wie menschliche Verluste Umbrüche. Speziell in besiegten Staaten könne sich die Herrschaft auflösen, da hier das beeinträchtigte Nationalbewusstsein den Unmut über die sozialen Verhältnisse verstärke (vgl. Laqueur 1968: 501). Tilly ergänzt, dass Staaten in Kriegszeiten viele Mittel akquiriert hätten. Doch diese würden nicht zwangsläufig gewinnbringend eingesetzt oder in einem Land verbleiben. Falls man geschlagen werde oder die Anzahl der Soldaten reduziere, steigere das die Wahrscheinlichkeit einer Revolution in hohem Maße. Denn dann sei nicht klar, wer die vorhandenen Mittel nutze. Auch habe die Herrschaft wegen Kriegen meist vermehrt Mittel von ihren Bürgern verlangt, z. B. in Form von Rekrutierungen und finanzieller Art (vgl. Tilly 1978: 211.).

Die beschriebenen Eigenschaften revolutionärer Situationen „sind nur unmittelbare Ursachen“ (Tilly 1993: 32) und „[d]ie entscheidenden kausalen Mechanismen, die zu Revolutionen führen“ (ebd.: 33). Sie ließen sich wiederum auf tieferliegende Gründe zurückführen, die sehr unterschiedlich und nicht zu verallgemeinern seien (vgl. ebd.: 32f.). Obwohl Tilly von

vielfältigen Anlässen ausgeht, bezeichnet er die Gefährdung von Anliegen einzelner Schichten als den zentralen (vgl. Tilly 1978: 194).

2.3 Theoriesynthese

Linda G. Witte · Philipp Tönjes

Nachdem das Verständnis der revolutionären Situation bei Lenin und Tilly präsentiert wurde, gilt es nun, beide für die weitere Analyse in ein gemeinsames Konzept zu überführen. Aufgrund einer Vielzahl von Parallelen lassen sich vier Kategorien bilden, die den ursprünglichen recht nahe kommen. Deren Gewinnung und Gehalt soll im Folgenden vorgestellt werden.

(1) Herrschaftskrise:

Dieser Aspekt verbindet hauptsächlich die erste Bedingung einer revolutionären Situation bei Lenin mit der dritten Tillys, zuzüglich geringer anderer Anleihen. Die Bezeichnung „Herrschaftskrise“ wurde gewählt, um den Fokus gleichzeitig auf die staatlichen Institutionen und die herrschenden Akteure zu lenken. Alternative Begriffe schieden aus, weil sie entweder zu institutionell konnotiert sind („Staatskrise“) oder einen zu breiten Kontext auch jenseits staatlicher Herrschaft abdecken („Machtkrise“).

Ein zentraler Bestandteil einer Herrschaftskrise findet sich in einer *Schwäche des staatlichen Gewaltmonopols*. An dieser Stelle sind Lenin und Tilly insofern kompatibel, als dass Lenin auf den Zerfall der Streitkräfte verweist und Tillys detailliertere Ausführungen zur Konkretisierung dienen können. Demnach liegt eine Schwäche der Zwangsmittel vor, wenn sie rein zahlenmäßig schwach ausgeprägt sind, sie von den Herrschenden ineffizient eingesetzt werden oder ihrem Einsatz unüberwindbare Hindernisse entgegenstehen. Dies ist in Relation zu den oppositionellen Kräften zu setzen, denn wenn diese über größere oder effektivere Ressourcen als der Staat verfügen, kann dieser auch im Falle absoluter Stärke ihre alternativen Herrschaftsansprüche nicht unterdrücken, sodass es zu einer Situation multipler Souveränität kommt.

Des Weiteren deuten Lenins „Krise der Politik der herrschenden Klassen“ beziehungsweise Marx' Aussage, die Bourgeoisie könne den Proletariern nicht einmal das Überleben innerhalb ihrer Sklaverei garantieren (vgl. Marx u. Engels 1959: 473) und Tillys Beobachtung der Nichterfüllung zentraler sozialer Funktionen durch den Staat gemeinsam auf die *Nichterfüllung staatlicher Leistungen* hin, z. B. in Form der Gewährleistung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage seiner Bürger, von Sicherheit und des Zugangs zu Rechtsmitteln. Ergänzend

lässt sich mit Tilly auch die Nichteinhaltung von Zusagen an die Eliten unter diesen Punkt fassen.

Weiterhin betonen beide Theoretiker die Bedeutung von Elitenkonflikten. Es sind dies ausgeartete Kämpfe um Macht- und Ressourcenzugang, die aus der Unfähigkeit des Systems zur Integrierung und Kanalisierung widerstreitender Forderungen resultieren. Sie führen regelmäßig zum Abfall der intellektuellen Legitimationseliten und im Extremfall zur Spaltung der herrschenden Schicht oder zur Zusammenarbeit ihrer Teile mit der Opposition.

Unmittelbare Gründe für all diese Erscheinungen und daher untrennbar mit der Herrschaftskrise verbunden sind vor allem Kriege und eine Krise der Staatsfinanzen.

(2) *Notlagen der Bevölkerung:*

Hierbei werden Lenins zweite Bedingung und Tillys implizit geäußerten Gründe für die Unterstützung der Opposition durch die Bevölkerung verknüpft. Wichtig dabei ist, dass Tilly nach eigener Angabe das Elend der Bevölkerung nicht als Bestandteil der revolutionären Situation anerkennt (vgl. Tilly 1978: 201), dennoch aber stellenweise mit diesem Faktor argumentiert. Die Bezeichnung „Notlagen der Bevölkerung“ soll zum einen den eher abwertenden Begriff der „Massen“ umgehen, zum anderen darauf hinweisen, dass eine Notlage auch anderer Natur als bloß wirtschaftlicher sein kann, wie dies „Armut“ oder „Elend“ nahelegen würden.

Diese Notlage kann zum einen durch eine Wirtschaftskrise bedingt sein. An diesem Punkt aber bestehen zwischen Lenin und Tilly nicht integrierbare Differenzen: Entweder kommt es klassisch marxistisch zur Verelendung der Massen, das heißt in Form von Armut, Arbeitslosigkeit, sich verschärfenden Arbeitsbedingungen und anderem. Oder aber das Elend ist nicht ausschlaggebend, sondern vielmehr die von der Regierung im Zuge eines langen Aufschwungs getätigten und nun enttäuschten Zusagen an gegnerische Eliten. Diesen Widerspruch gilt es in der Konfrontation mit Tocqueville und Brinton aufzulösen.

Die Notlagen der Bevölkerung können aber gemäß Tilly ebenso durch eine *Bedrückung durch den Staat* verursacht sein, in Form von Steuererhöhungen, Beschlagnahmungen und Einzug zum Wehrdienst. Nicht zuletzt befördern auch *Kriege* durch Tod, Flucht und Besitzverlust die Not der Menschen.

(3) *Aktivität der Bevölkerung – Unterstützung durch die Bevölkerung:*

Diese Kategorie integriert Lenins dritte Bedingung der revolutionären Situation und Tillys zweite. Die Benennung der Kategorie erfolgt zweigeteilt, da – wie weiter unten dargelegt – noch keine Festlegung auf Lenins oder Tillys Sichtweise erfolgen kann.

Als verbindlich, da von beiden Denkern angeführt, lässt sich annehmen, dass diese Unterstützung beziehungsweise Aktivität eine Reaktion der Bevölkerung auf die Herrschaftskrise sowie ihre eigene Notlage ist und die Eliten durch ihr Herrschaftshandeln den Protest noch befördern. Über den Charakter dieser Reaktion befinden sich Lenin und Tilly jedoch im Widerspruch. Während bei Lenin die Massen auf dieser Stufe bereits ohne Zutun einer revolutionären Elite einen „aktiven“, obzwar noch unbewussten, reformorientierten Kampf führen, verharrt die Bevölkerung bei Tilly passiv, bis sie von einer revolutionären Elite aktiviert wird und über ihre eigene Unterstützung entscheiden muss – die dann aber bereits „revolutionär“ ist, da die von ihnen unterstützte Opposition den Umsturz der Herrschaft anstrebt. Die Frage, *wie* aktiv die Bevölkerung aus sich selbst heraus zu sein vermag, wird erst im Lichte von Tocqueville und Brinton beantwortet werden können. Ebenfalls wird dann zu klären sein, ob diese Massenbewegung gemäß Lenin klassenbasiert ist – oder nicht, wie Tilly darlegt.

(4) Revolutionäre Elite:

Tillys erste Bedingung einer revolutionären Situation – das Auftreten einer revolutionären Elite – findet im engeren Sinne bei Lenin kein Pendant, da dieser seinen „subjektiven“ Faktor nicht zu den Bedingungen einer revolutionären Situation zählt. Wegen der herausragenden Bedeutung dieses Faktors in seinem Werk und der Tatsache, dass Tilly diesen sehr wohl integriert, soll er jedoch in dieser Kategorie einbezogen werden. Für die Benennung wurde dabei die neutralere Bezeichnung „Elite“ der kommunistisch konnotierten „Avantgarde“ vorgezogen.

Die Bestimmung der Führungsrolle der revolutionären Elite wird dadurch vereinfacht, dass sich Tilly explizit auf Lenins Annahmen über die Partei bezieht (vgl. Tilly 1978: 208). Daher lässt sich folgendes als verbindlich extrahieren: Die Aufgaben der revolutionären Elite bestehen darin, revolutionäre Forderungen – das heißt Ansprüche auf die Herrschaft – zu erheben, die Bevölkerung zu aktivieren und bei revolutionären Taten zu unterstützen sowie eine revolutionäre Ideologie zu erstellen und zu verbreiten, letzteres vor allem über Intellektuelle – in Lenins Worten die „bürgerliche Intelligenz“ (Lenin 1967b: 167). Die alternativen Ansprüche müssen darüber hinaus anschlussfähig an das moralische Grundgerüst der Bevölkerung sein, wie Tilly betont (vgl. Tilly 1973: 442) – bei Lenin ist diese Anschlussfähigkeit bereits per se durch Angehörigkeit zur Arbeiterklasse gegeben und deshalb ebenfalls implizit vorhanden.

Damit wurde ein Analysekonzept entwickelt, das im Folgenden auf die Revolutionstheorien Tocquevilles und Brintons angewendet wird, um gemeinsam bestehende Merkmale zu bestärken, zwischen konkurrierenden Ansichten zu entscheiden und neue Erkenntnisse hinzuzufügen. Auf diese Weise wird das Konzept schrittweise verfeinert.

3 Die revolutionäre Situation bei Tocqueville

Philipp Tönjes

Die Entwicklung eines Modells der revolutionären Situation bei Tocqueville steht vor zweierlei Herausforderungen. Zum einen warnt Hereth davor, seine Aussagen als „Beiträge“ zu einer allgemeinen Theorie der Revolution“ (Hereth 2001: 112) aufzufassen. Auch Elster sieht eine generelle theoretische Konsistenz nicht gegeben, Tocquevilles Stärke liege vielmehr im Detail (vgl. Elster 1993: 101, zit. n. Welch 2006: 6). Zum anderen ist Tocquevilles Perspektive eine überwiegend strukturalistische, die die Revolution „nicht als Zäsur, sondern als tosendes Finale des Jahrhunderte langen Prozesses“ (Herb u. Hildago 2005: 103) begreift. Dennoch findet sich in „Der alte Staat und die Revolution“ ein situativer Ansatzpunkt, wenn er zu Beginn des Dritten Buches bemerkt, er wolle nun „jene alten und allgemeinen Erscheinungen“, die die Revolution vorbereitet hätten, beiseitelassen² und sich den „besonderen und neueren Tatsachen, die schließlich den Schauplatz, die Geburt und den Charakter dieser Revolution bestimmt haben“, zuwenden (Tocqueville 2013: 142). Man könnte dies als Unterscheidung in längerfristige strukturelle Ursachen und konkrete Bedingungen einer revolutionären Situation interpretieren.

Eher unreflektiert und geradezu inflationär wurde der Begriff der revolutionären Situation von Geiss mit Tocqueville in Verbindung gebracht. Demzufolge zeige dieser in seinem Werk die Herausbildung einer „konkreten revolutionären Situation“ (Geiss 1972: 105) im Ancien Regime. Er konzipiere die Vorgeschichte der Revolution als „doppelt komplexen Prozess“, der „langfristig zur revolutionären Situation“ und „kurzfristig zur Umwandlung einer latenten zur akuten Revolutionssituation“ führe (ebd.: 276). Langfristige „primäre Faktoren“ würden die „generelle Vorbedingung zum Entstehen einer revolutionären Situation“ darstellen (ebd.: 275). Die Rolle „sekundärer Faktoren“ bestehe darin, die „latente allgemeine Malaise“ in ein „Stadium der akuten prä-revolutionären Krise“ zu befördern, damit die Revolution ausbrechen kann (ebd.: 275). Hieran wird deutlich, dass Geiss sich in einem Nebeneinander von nicht klar

abgegrenzten Begriffen geradezu verheddert. Zur Erhellung trägt auch nicht bei, dass die primären Faktoren zum einen als „Vorbedingung“ für die Ausbildung einer revolutionären Situation bezeichnet werden, an anderer Stelle aber „bereits eine revolutionäre Situation geschaffen haben“ (ebd.: 275). Es lässt sich nur vermuten, dass in Geiss‘ Verständnis die Schwelle zur revolutionären Situation recht niedrig anzusetzen ist und sich dann noch eine stufenartige Entwicklung ihrer Intensität bis zum tatsächlichen Ausbruch vollzieht. Eine solche Auffassung verwässert jedoch den ursprünglichen Begriff Lenins und Tillys, verstanden als ein Moment des Zusammentreffens und der Zuspitzung verschiedenster Bedingungen, der so nur unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution auftreten kann.

Strikter ist die Systematisierung Elsters, der die Kausalbedingungen, die zur Revolution führen, in chronologischer Reihenfolge dreiteilt, auch wenn er dabei nicht explizit auf den Begriff der revolutionären Situation zurückgreift. Die „preconditions“, von Tocqueville im Zweiten Buch von „Der alte Staat und die Revolution“ geschildert, hätten die Notwendigkeit zu politischem Wandel – evolutionär oder revolutionär – erzeugt. Die Möglichkeit der Revolution sei durch die „precipitants“, denen das Dritte Buch gewidmet ist, zur Wahrscheinlichkeit geworden. Die „triggers“ schließlich, die dem fragmentarischen zweiten Band³ zu entnehmen sind, hätten die Revolution unausweichlich gemacht (vgl. Elster 2006: 49). Da es sich bei den von Elster aufgeführten „triggers“ tatsächlich nur um klassische Auslöser-Ereignisse handelt (vgl. ebd.: 61-64), wird deutlich, dass man sich der Bestimmung der revolutionären Situation vor allem über die „precipitants“ zu nähern hat – womit sich der Kreis zu den „besonderen und neueren Tatsachen“ schließt. Allerdings verortet Elster diese „precipitants“ zeitlich zwischen 1750 und 1787, womit man sie schwerlich als einen *Moment* der Krise auffassen kann.

Der Blick in die Sekundärliteratur zeigt, dass das Konzept der revolutionären Situation bisher nicht in befriedigender Weise auf das Werk Tocquevilles angewendet wurde. Die nachfolgenden Sektionen dieses Kapitels wollen diesen Versuch unternehmen, indem sie es an die „neueren und besonderen Tatsachen“ anlegen.

3.1 Herrschaftskrise: Unfähigkeit und Verfall

Explizit schildert Tocqueville unter den „neueren und besonderen Tatsachen“ die Entstehung einer immer virulenter werdenden *Krise der Staatsfinanzen*. Die Allgegenwart des zentralistischen Staates hatte die öffentliche Hand in steigendem Maße belastet und ihn gegenüber immer mehr Bürgern als Investor und Schuldner auftreten lassen. Akut wurde dieser Missstand,

als abzusehen war, dass die Regierung diese Verpflichtungen nicht mehr einhalten konnte und damit eine Reihe von Existenzen gefährdet war (vgl. Tocqueville 2013: 178-180). Dieser Umstand kommt zudem einer *Nichterfüllung einer zentralen sozialen Funktion* gleich: Von einem Staat ist gewöhnlich Zahlungssicherheit gegenüber seinen Bürgern zu erwarten; ein Zahlungsausfall beraubt die Menschen eines Teils ihrer wirtschaftlichen Lebensgrundlage.

Eng im Zusammenhang mit der Krise der Staatsfinanzen stehen *Elitenkonflikte* in Form des Entzugs von Loyalitäten. Bürgerliche Unternehmer, die mit der Regierung Geschäfte eingegangen waren, übten Kritik am System der Finanzverwaltung und forderten Reformen (vgl. ebd.: 180). Aus anderen Ursachen distanzierte sich auch der Klerus zunehmend von der Krone: Indem die Regierung der Kirche gegen die anti-religiösen Affekte der Massen im Vorfeld der Revolution nicht zu Hilfe kam, erfüllte sie ihre Schutzpflicht nicht und kündigte damit einseitig ein langjähriges Zweckbündnis auf (vgl. ebd.: 155).

Eine kritische *Schwäche des staatlichen Gewaltmonopols* durch Verminderung der Zwangsmittel oder äußere Beschränkungen bei ihrem Gebrauch gibt Tocqueville nicht zu erkennen. Stattdessen scheint die Regierung aus sich selbst heraus nicht gewillt gewesen zu sein, diese entschlossen einzusetzen, was Tocqueville damit zu erklären versucht, dass der „Geist“ des wirtschaftlichen Aufschwungs, der die Bevölkerung bewegte, sich ihrer ebenfalls bemächtigt habe (vgl. ebd.: 172). In der Folge agierte die Krone zunehmend milder, ja geradezu opportunistisch (vgl. ebd.: 176). Insgesamt sei die Regierung jedoch, „obschon sie aufgehört hatte, despotisch zu sein, sehr mächtig geblieben“ (ebd.: 175).

Die Schwäche des Regimes ist bei Tocqueville also weniger in einer tatsächlichen Verringerung der Zwangspotenz, als vielmehr einem beispiellos *ungeschickten Agieren der Herrschenden* – der „einzigartigen Dummheit derer, die sie herbeiführten, ohne sie zu wollen“ (Tocqueville 1972: 219) – zu finden. Zum einen provozierte der König durch umfassende Reformen der Verwaltung eine Destabilisierung des gesamten Herrschaftsapparats. Durch die Änderungen ergaben sich Unklarheiten und Konflikte über Zuständigkeiten, die die gesamte Bürokratie und damit auch das öffentliche Leben lähmten. Tocqueville schlussfolgert daraus Gefahr für das Bestehen der Herrschaft: „So konnte denn, da die Nation in keinem ihrer Teile mehr feststand, ein letzter Stoß sie ganz und gar zum Wanken bringen“ (Tocqueville 2013: 202). Zu diesen politischen Maßnahmen gesellte sich eine tiefgreifende Fehleinschätzung der Lage. Diese „seltsame Verblendung“ (ebd.: 146) war der Tatsache geschuldet, dass mit dem Fehlen freiheitlicher Institutionen keine wirksamen Stimmungsbarometer zur rechtzeitigen Wahrnehmung des Volkszorns gegeben waren und die Massen nicht als politischer Faktor begriffen wurden. Ebenso wurde die Sprengkraft der philosophischen Gesellschaftsentwürfe

dieser Zeit vollkommen unterschätzt. Der Mängel des bestehenden Systems zwar zunehmend bewusst, war die Elite jedoch überzeugt, die notwendigen tiefgreifenden Veränderungen selbstständig auf dem Weg der Reform durchführen zu können (vgl. ebd.: 145-148; 180-181).

3.2 Notlagen der Bevölkerung: Das Tocqueville-Paradoxon

Tocquevilles Ausführungen zur Notlage der Bevölkerung laufen dem vorläufigen Konzept einer revolutionären Situation, das eingangs dieser Arbeit entwickelt, zuwider. Nicht eine Wirtschaftskrise, eine Zunahme staatlicher Repressionen beziehungsweise Forderungen oder eine sonstige Verschärfung von Lebensumständen verleitet die Menschen zum Aufbegehren; im Gegenteil ist es eine *Verbesserung* der allgemeinen Lage. Diese These, die Tocqueville mit den Worten „die Franzosen haben ihre Lage umso unerträglicher empfunden, je besser sie wurde“ (Tocqueville 2013: 177) zusammenfasst, hat daraufhin in den Sozialwissenschaften unter der Bezeichnung *Tocqueville-Paradoxon* Verbreitung gefunden (vgl. Elster 2006: 58).

Tocqueville verneint damit keinesfalls, dass bestimmte Schichten dennoch in prekären Verhältnissen lebten; dieser Umstand ist jedoch nicht entscheidend, da der Mensch dazu neige, sein Schicksal, wenn er es als unvermeidlich empfinde, passiv hinzunehmen. Biete sich jedoch ein Ausweg aus seiner Misere, so erscheine sie ihm unerträglich. Um seiner Lage zu entfliehen, seien ihm die gebotenen Mittel gerade recht (vgl. Tocqueville 2013: 139). Dieser Ausweg öffnet sich bei Tocqueville auf zweierlei Weise. Zum einen versetzte ein andauernder wirtschaftlicher Aufschwung die Mittelschicht in Wohlstand, auch die Lage der Bauern verbesserte sich. Das aber führte dazu, dass man der Zukunft in der Hoffnung auf weitere Gewinne förmlich entgegendrängte, was die gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Umstände als Hindernisse empfinden ließ (vgl. ebd.: 176-178). Beispielsweise waren die Unzulänglichkeiten der Finanzverwaltung nun „viel spürbarer“ (ebd.: 179) geworden.

Die zweite Wirkungskette geht nicht von der ökonomischen, sondern der politischen Entwicklung aus und steht damit in enger Beziehung zur Herrschaftskrise. Der sogenannte „*Tocqueville-Effekt*“ (Herb u. Hidalgo 2005: 113) – bei genauerer Betrachtung ein Spezialfall des Tocqueville-Paradoxons – besagt, dass sich wohlgemeinte Reformen entgegen ihrer ursprünglichen Intention systemgefährdend auswirken können. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass mit der Beseitigung einiger Missstände oder repressiver Maßnahmen die verbliebenen umso deutlicher zu Tage treten, da sie nun nicht mehr als unumstößlich gelten können (vgl. Tocqueville 2013: 178). Dies führt zu der paradoxen Situation, dass „die Regierung, die durch eine Revolution vernichtet wird, [...] fast stets besser als die unmittelbar voraufgegangene“ (ebd.:

177) ist. Elster führt an, dass derartige verspätete Reformversuche die Lage nur noch anheizen würden, indem sie der Bevölkerung zum einen eine positive Rückmeldung über die Wirksamkeit ihrer Proteste vermittelte, zum anderen dadurch bisher noch schlafende Bedürfnisse geweckt würden (vgl. Elster 2006: 59).

Insgesamt lassen sich die beiden Wirkungsketten des *Tocqueville-Paradoxons* in folgender Formel zusammenfassen: „A cognitive change (the evil is not inevitable) triggers a motivational change (it is intolerable)“ (ebd.: 59f.).

3.3 Aktivität – Unterstützung: Der revolutionäre Geist

In Tocquevilles Werk findet sich ein Aspekt, der wie kein zweiter die Massen zu mobilisieren vermag und sich gleichsam als roter Faden durch seine Arbeit zieht. Es ist die Rede vom „Geist, der die Revolution entstehen, sich entwickeln und wachsen ließ“ (Tocqueville 2013: 11). Dieser Gedanke kulminiert in seiner Aussage, 1789 seien die „Herzen für Freiheit und Gleichheit entflammt“ (ebd.: 12). Um dieses Phänomen herum entspinnt Tocqueville in der Folge ein regelrechtes semantisches Feld: Im Vorfeld der Revolution beginnen „die Leidenschaften des Volkes sich zu erhitzen“ (ebd.: 70), das „lange Unbehagen [...] sich fühlbar zu machen“ (ebd.: 78). Die Entwürfe der Philosophen entwickeln im Volk „die Kraft und Glut einer politischen Leidenschaft“ (ebd.: 143), es gebe keinen, der beim Gedanken an die Gleichheit nicht „in Feuer geriet“ (ebd.: 146). Schließlich drängten „die Ideen und Stimmungen der Franzosen [...] zum totalen Umsturz der Gesellschaft, zuletzt mit atemberaubender Geschwindigkeit“ (Tocqueville 1972: 212). „Herzen“, „Unbehagen“, „Leidenschaft“, „Stimmungen“ – Tocqueville möchte die subjektiven Empfindungen und Affekte des Volkes prominent ins Licht rücken. Seine „Feuer“-Analogien sollen dabei auf deren intensivste, Ausprägung hinweisen.

Inhalt dieser Emotionen wiederum sind die Prinzipien von Gleichheit und Freiheit. Während der Gedanke der Gleichheit über einen längeren Zeitraum durch die Konfrontation mit real existierenden gesellschaftlichen Privilegien als „Haß gegen die Ungleichheit“ (Tocqueville 2013: 206) herangezüchtet wurde, ist die Freiheitsliebe neueren Ursprungs. Sie datiert rund zwanzig Jahre vor dem Ausbruch der Revolution und bricht sich in dem Wunsch nach Volkssouveränität, nach Beteiligungsrechten statt Reformen, immer mehr Bahn (vgl. ebd.: 167). Diese revolutionären Tendenzen konnten sich jedoch erst zu einer revolutionären Situation emporschwingen, nachdem sie über Jahre hinweg im Geist der Menschen bis zu einer kritischen Schwelle gereift waren, an der der Boden für die radikalen Entwürfe der Philosophen –

die ja bereits seit zirka 1750 Bestand hatten – endlich bereit war. Tocqueville vergleicht diesen Umstand mit spätmittelalterlichen Predigern, die bereits ähnliche Ansichten verbreiteten, jedoch sei dieser „gleiche Feuerbrand, der Europa im 18. Jahrhundert in Flammen gesetzt hat, [...] im fünfzehnten leicht gelöscht worden“ (ebd.: 29). Unter diesen Voraussetzungen können sich nun in einem einzigartigen historischen Moment bisher getrennte Stimmungen verbinden: Freiheit und Gleichheit „verschmelzen einen Augenblick, erhitzen sich bei der Berührung und entflammen auf einmal das Herz ganz Frankreichs“ (ebd.: 206). Als Zündmittel dieses explosiven Gemischs dient der verbreitete Hass auf die Kirche – den Tocqueville deshalb nur als Nebenerscheinung der Revolution charakterisiert (vgl. ebd.: 22; 153-155). Wegen der hier deutlich gewordenen herausragenden Bedeutung der Ideen von Freiheit und Gleichheit lässt sich so mit Bestimmtheit behaupten, der „Ort der Revolution“ sei so „tatsächlich zuerst das Bewusstsein der Revolutionäre“ (Hereth 2001: 116).

Daneben finden sich zahlreiche Hinweise darauf, dass das *Handeln der Herrschenden* die Bevölkerung zusätzlich aktivierte. Ansätze dazu wurden bereits weiter oben aus der Perspektive der Herrschaftskrise behandelt; nun ist dessen Wirkung auf die Massen nachzugehen. So weist Tocqueville zum einen darauf hin, dass die „Verachtung“ (Tocqueville 2013: 188), mit der der König alte, festgegründete Institutionen abschaffte, das Volk gewissermaßen darauf hinwies, dass keine staatliche Einrichtung für die Ewigkeit geschaffen war und so „fortwährenden öffentlichen Unterricht“ (ebd.: 191) erteilte, wie eine Revolution vorzugehen hatte. Ebenso hätten seine Verwaltungsreformen die Bevölkerung in Unruhe versetzt (vgl. ebd.: 194-196). Nicht zuletzt sah sich die Oberklasse – ausgehend von der trügerischen Perzeption, die Masse sei kein politischer Faktor – nicht genötigt, ihre Sprache vor der Öffentlichkeit zu zügeln. Aus den besten Absichten heraus nahm eine Vielzahl der Privilegien Anteil an der Lage des Volkes und prangerte Missstände an, Behörden warfen sich diese öffentlich gegenseitig vor. Doch führte dieser Diskurs – der ein bloßer Diskurs blieb, weil keine Maßnahmen zur Abhilfe ergriffen wurden – dazu, die Unterklasse erst recht für ihre Lage und deren Verursacher zu sensibilisieren (vgl. ebd.: 181-183). Damit, so Tocqueville, habe die Oberklasse das Volk selbst in die Revolution geführt: „Die Begeisterung jener entzündete und bewaffnete vollends den Zorn und die Begehrlichkeit des Volkes“ (ebd.: 187).

3.4 Revolutionäre Elite: Revolution ohne Führer?

Im Gegensatz zu Tilly und insbesondere Lenin präsentiert Tocqueville kein systematisch elaboriertes Konzept einer revolutionären Avantgarde. Ausgehend von dieser scheinbaren Leer-

stelle fragen Herb und Hidalgo bezeichnenderweise: „Wer aber waren nun eigentlich die Akteure von 1789 [...]?“ (Herb u. Hidalgo 2005: 112). Diese *Unklarheit über die Akteure* ist sicher Tocquevilles strukturalistischer Perspektive zuzurechnen. Indem aber ein Großteil der Sekundärliteratur sich ebenfalls mit den langfristigen Prozessen der Zentralisierung und der zunehmenden Entfremdung von Adel, Bürgertum und einfachem Volk auseinandersetzt, entspricht sie zwar Tocquevilles Fokus, weicht aber obenstehender Frage aus. Beispielsweise benennt Hereth die Konflikte der verschiedenen Klassen als eine Bedingung der Revolution (vgl. Hereth 2001: 113), seine Analyse der „Bewusstseinslagen der handelnden Revolutionäre [und] der ihnen folgenden Massen“ (ebd.: 117) bleibt dennoch seltsam blutleer, weil offen bleibt, *wem* diese Massen da eigentlich folgen. Für die Identifizierung einer Avantgarde kann es aber nicht ausreichend sein, längerfristige strukturelle Faktoren in die Zukunft zu extrapolieren, das heißt anzunehmen, dass Akteure, die aufgrund jahrzehntelanger Entwicklungen ein Interesse an der Revolution hatten, zwangsläufig auch deren Initiatoren oder Führer sind.

Tocqueville selbst konstatiert in Bezug auf das *Verhältnis von Elite und Masse*, dass die „Revolution von den zivilisiertesten Klassen der Nation vorbereitet und von den ungebildeten und rohesten ausgeführt worden ist“ (Tocqueville 2013: 205). „Uneigennütziger Glaube und hochherzige Sympathien“ hätten die „gebildeten Klassen“ zur Revolution geführt. Auffällig an diesen Ausführungen ist zum einen, dass Tocqueville nicht speziell vom „Bürgertum“ oder dem „Adel“ spricht, sondern überlegene Bildung und Kultur als Merkmal der vermeintlichen Revolutionsführer hervorhebt, und zum anderen, dass er den Plural „Klassen“ verwendet. Dies legt nahe, dass beiden eine verantwortliche Rolle zukommt, zumal Tocqueville zuvor dargelegt hatte, wie sich die Unterschiede zwischen ihnen Bezug auf Bildung und Vermögen bereits verwischt hatten (vgl. ebd.: 89f.). Sie dennoch als revolutionäre Avantgarde aufzufassen, würde allein schon daran scheitern, dass sie gar keine revolutionäre Absicht hegten. Das Bürgertum wollte „not political liberty, but egalitarian reform“, und der Adel „[was] jealously guarding its honorary privileges“ (Welch 2001: 149). Ihre Tragik liegt darin, dass sie im Zuge ihrer Forderungen eine Dynamik entfesselten, derer sie nicht mehr Herr wurden: „Zu ihrer Überraschung erkannte sie in den Ideen, die ihr entgegentraten, ihre eigenen Ideen. Womit sie sich in den Stunden der Muße amüsiert hatte, war zu furchtbaren Waffen gegen die Aristokratie“ (Tocqueville 1972: 214) und das Bürgertum (vgl. Tocqueville 2013: 141) geworden. Damit haben die Ober- und Mittelschicht also nicht auf eine bewusste Organisation und Führung der Massen hingewirkt, sie sind vielmehr zu ihrem unfreiwilligen Stichwortgeber avanciert. Jedoch passt es nicht recht ins Bild, wenn Tocqueville andernorts bemerkt: „Das Volk wird erst in dem Augenblick unwiderstehlich, in dem sich ein Teil der Führungs-

schicht ihm beigesellt“ (Tocqueville, zit. n. Hereth 2001: 122). Diesem Widerspruch nachzugehen wäre Aufgabe weiterführender Forschung. Die vorliegende Arbeit muss sich damit bescheiden, auf die teils nicht gegebene theoretische Konsistenz Tocquevilles zu verweisen und will die in „Der alte Staat und die Revolution“ als in einem Hauptwerk geäußerten Thesen als die maßgeblicheren betrachten.

Umso unmissverständlicher umreißt Tocqueville die Rolle einer Gruppe, die er lapidar „Schriftsteller“ nennt. Er spielt dabei auf die *französische Philosophie* an, die um die Mitte des 18. Jahrhunderts mit radikalen Gesellschaftsentwürfen an die Öffentlichkeit trat. Ihre Vertreter postulierten Forderungen, die hauptsächlich um folgende Inhalte kreisten: die Gleichheit aller Menschen, Verurteilung sämtlicher Privilegien und Souveränität des Volkes. Das Nichtvorhandensein eines öffentlichen Raums bewirkte, dass der politische Diskurs sich beinahe gänzlich in die Literatur verlagerte, wodurch die Philosophen letztlich die Funktion von „Parteiführern“ (Tocqueville 2013: 146) übernahmen. Das Volk konnte sich mit diesen abstrakten Ideen identifizieren und sie übernehmen – nicht nur kognitiv, sondern auch affektiv (vgl. ebd.: 143). Sind die Philosophen also der Revolution mit wehenden Fahnen als Avantgarde vorgeschritten? Hidalgo verwehrt sich einer direkten Verantwortung der Schriftsteller für die Revolution und sieht deren Einfluss nur auf ihren Verlauf, indem sie zu deren radikalen Exzessen beigetragen hätten (vgl. Hidalgo 2006: 198). Obschon der letzte Teil stimmig ist, lässt sich diese einseitige Deutung nicht durchhalten, da Tocqueville selbst anmerkt, die damalige Philosophie sei „[m]it Recht [...] als eine der Hauptursachen der Revolution“ (Tocqueville 2013: 22) betrachtet worden, ihre Ideen hätten die Revolution kausal und inhaltlich bestimmt (vgl. ebd.: 23). Dies legt nahe, dass die Philosophen, indem sie eine „revolutionary ideology“ (Welch 2001: 143) wesentlich mitkonstruierten, zumindest die ideologische Funktion einer revolutionären Elite übernommen haben. Allerdings handelte es sich bei ihnen nicht um eine Gruppe, die für sich Zugang zum System erkämpfen wollte: „Nicht als Protagonisten der Revolution treten Diderot, Voltaire und Rousseau auf die politische Bühne, sondern als Urheber des Meinungsklimas“ (Hidalgo 2006: 198). Auch finden sich in Tocquevilles Werk keine Hinweise darauf, dass die Philosophen die Organisation und Leitung der Massen übernommen hätten. Ihre Rolle ist einzig ideologisch. Aber selbst diese Annahme gerät ins Wanken angesichts der Tatsache, dass von ihrem Auftreten um die Jahrhundertmitte bis zum Ausbruch der Revolution 40 Jahre vergingen. 1789 waren Rousseau und Voltaire elf Jahre tot, Diderot fünf. Im entscheidenden Moment haben also nicht die Philosophen die Massen angespornt, sondern ihre Ideen, die sie selbst überdauert hatten.

4 Die revolutionäre Situation bei Brinton

Linda G. Witte

In seiner Studie „The Anatomy of Revolution“ wendet Crane Brinton die Phasen eines Fiebers auf den Verlauf von Revolutionen an. Erste Hinweise solcher Umwälzungen träten circa eine Generation vor deren Ausbruch auf. Um die gänzlich ausgeprägten Merkmale der Krankheit handele es sich dabei nicht, „since when the symptoms are fully developed the disease is already present“ (Brinton 1965: 16). Eher könne man von „*prodromal* [Herv. im Original, Anm. d. Verf.] signs“ (ebd.: 16f.) ausgehen. Sie würden das Fieber lediglich ankündigen. Darauf folge die eigentliche Krankheit oder die Revolution selbst (vgl. ebd.: 17). Der Autor untersucht im zweiten Kapitel seines Werkes schließlich Entwicklungen „like a revolutionary prodrome, [...] a set of preliminary signs of the coming revolution“ (ebd.: 27).

Dabei gibt Brinton zu bedenken, dass die Einschätzung schwierig sei, ob es sich bei einem Ereignis um den Vorläufer einer Revolution handele. Denn Unmut, Tumult sowie Auseinandersetzungen kämen in jedem Land vor. Trotzdem passiere nicht überall ein Umsturz, weil die Gründe für Unzufriedenheit und Aufruhr nur vereinzelt zusammenträfen. Zusätzlich spiele deren Stärke eine Rolle (vgl. ebd.). Also müssen sich die Ursachen einer Revolution für deren Beginn mehren und intensivieren.

Brintons zeitliche Eingrenzung der Anzeichen einer Revolution auf etwa eine Generation vor deren Ausbruch weist eine Parallele zu den mittel- und kurzfristigen Ursachen auf, die Lenin und Tilly jeweils in ihren Konzepten der revolutionären Situation erläutern. Aufgrund dieser Ähnlichkeit konzentriert sich die folgende Analyse von Brintons Studie auf seine Ergebnisse über die Anzeichen von Revolutionen.

4.1 Herrschaftskrise: Mangelnde Kompetenzen des Staates

Damit eine Revolution ausbrechen kann, ist für Crane Brinton bezogen auf das politische System zentral, dass es seine Aufgaben nicht mehr erfüllt, also ineffizient arbeitet. Die Bevölkerung sei nicht bereit, diese massive Unfähigkeit der Regierung zu akzeptieren. Staatliche Insolvenz trotz einer florierenden Wirtschaft sei ein Zeichen für die Ineffizienz (vgl. ebd.: 36). An dieser Einschätzung Brintons lässt sich deutlich erkennen, dass er insgesamt wie Lenin und auch Tilly eine „Krise der Politik der herrschenden Klasse“ (Lenin 1951: 11) als Bedingung für Revolutionen erachtet. Diese allgemeine Hypothese wird im Folgenden spezifiziert.

Die Leistungsschwäche der Regierung besteht zu einem Teil in erfolglosen Reformen. Die Herrschaft versuche, die Probleme ihres Landes zu beheben (vgl. Brinton 1965: 39). Diese Veränderungen am Staatsaufbau, die durch eine neue Umwelt nötig geworden seien, kämen allerdings zu spät. Dadurch könnten die Entscheidungsträger ihr Handlungspotenzial nicht mehr voll ausschöpfen (vgl. ebd.: 251f.). Beispielsweise sei in England das Einziehen von Steuern nach veralteten Regeln abgelaufen. Diese hätten aus Zeiten gestammt, in denen der Staat zentraler organisiert gewesen sei und weniger Forderungen gestellt habe. Dieses System sei schließlich nicht mehr vereinbar gewesen mit der neuen Herrschaftsweise, die soziale Aufgaben, eine starke Verwaltung und ein ebensolches Militär beinhaltet hätte. Die Gegenmaßnahmen hätten keinen Fortschritt gebracht, sondern massive Auseinandersetzungen mit Adel und Mittelklasse, von denen neue Steuern verlangt worden seien. Konflikte mit dem Parlament hätten die Herrschaft kollabieren lassen (vgl. ebd.: 37f.). In Russland und Frankreich seien Reformen fehlgeschlagen, weil die gut situierten Schichten sie manipuliert hätten. Zusammenfassend beurteilt hätten in den von ihm untersuchten Fällen vergebliche Reformbemühungen zu Revolutionen beigetragen, so Brinton (vgl. ebd.: 39).

Laut Michael S. Kimmel sind Intellektuelle, die sich vom Gemeinwesen abwenden, eine der Veränderungen in dessen Umfeld, die Reformen erforderlich machen. Mit dem Versuch, der Abkehr der geistigen Eliten mit Umstellungen entgegenzuwirken, zeige sich also die Ineffektivität des politischen Systems (vgl. Kimmel 1990: 49). Brinton selbst fügt hinzu, dass die Intellektuellen ihre Unterstützung nicht bloß entziehen würden. Sie gäben sie darüber hinaus gebe sie sie an andere weiter. Die Schicht umfasse Künstler, Personen aus dem Bildungswesen und Geistliche. Ihre leitenden Persönlichkeiten beginnen Aktionen oder stehen zumindest in der Öffentlichkeit. Die geistige Elite würde sich durch ihr stetes Hinterfragen der gegenwärtigen Verhältnisse auszeichnen. In Gemeinwesen mit schwerwiegenden Problemen geschehe das häufiger. Hier würden sie den Staatsapparat scharf kritisieren und auf gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Neuerungen hoffen. Damit fungieren sie nach Brinton als Korrektiv des Systems gegen Gefahren, sie seien quasi „white corpuscles, guardians of the bloodstream“ (Brinton 1965: 43). Gehe diese Funktion verloren, gerate ein Land in ernsthafte Schwierigkeiten (vgl. ebd.: 42f.). Die starke Bedrohung, die die Abkehr der Intellektuellen für den Fortbestand des Herrschaftsaufbaus bedeutet, kommt darin zum Ausdruck, dass der Autor in dieser „the most reliable of the symptoms“ (ebd.: 251) einer Revolution sieht.

In England sei die entzogene Unterstützung vor allem in Streitschriften zu Tage getreten. Dies sei so weit gegangen, dass der König den Eindruck gewonnen habe, die Publikationen riefen zu Aufständen auf und würden seine Herrschaft schädigen (vgl. ebd.: 45).

Im gemeinsamen Analyseschema der revolutionären Situation nach Lenin und Tilly ist der skizzierte Bruch des höchsten geistigen Standes mit den gesamten Verhältnissen den Elitenkonflikten zuzuordnen. Diese Einschätzung stützt sich besonders darauf, dass Tilly die Abkehr vom System in den Zusammenhang der Herrschaftskrise stellt. Dabei bezieht er sich explizit auf Brintons Ausführungen über den Stellenwert der entzogenen Zustimmung seitens der Intellektuellen (vgl. Tilly 1978: 214).

Auf die am Anfang dieses Unterkapitels angesprochene Unfähigkeit der Herrschaft geht Brinton detaillierter ein, indem er sich mit Kompetenzen auseinandersetzt, die ein erfolgreicher Staat benötigt. Die Wahrung militärischer Schlagkraft sei eine davon (vgl. Brinton 1965: 51). Hier liegt indirekt eine Entsprechung zu der von Lenin und Tilly genannten Schwäche des staatlichen Gewaltmonopols und der Zwangsmittel vor. Weil Brinton den Erfolg eines Gemeinwesens von militärischen Möglichkeiten abhängig macht, liegt nahe, dass bei deren Abwesenheit die Existenz der Herrschaft im Falle von Bedrohungen gefährdet ist. An diese Interpretation schließt die Folgerung des Autors an, Akteure, die durch die Nutzung von Gewalt und Zwang aufgehalten werden sollten, würden ohne sie noch freier handeln können (vgl. ebd.: 53).

Zusätzlich zur Übereinstimmung Brintons mit Lenins und Tillys Annahmen hinsichtlich der Anwendung von Zwangsmitteln lässt sich eine Ergänzung der theoretischen Grundlage dieser Forschungsarbeit vornehmen: Für ersteren ist das fehlende Gefühl dafür, wann man Gewalt anwendet oder auf Verhandlungen setzt, eine weitere Unfähigkeit, die vor Revolutionen auftritt (vgl. ebd.).

Bei der Ineffizienz und Unfähigkeit der Herrscher finden sich zwischen Lenin-Tilly und Brinton einige kleinere Unterschiede. Ob ein ungenügender Zustand oder eine unzureichende Nutzung von Gewaltmitteln sich im Vergleich mit den Ressourcen und Fähigkeiten der Gegner ergeben, lässt Crane Brinton offen. Außerdem betreffen die anderen staatlichen Aufgaben, die er aufführt, das Funktionieren eines politischen Systems als Ganzes (vgl. ebd.: 51) und nicht soziale Leistungen wie etwa bei Tilly.

Eine weitere Übereinstimmung zwischen den leninschen und tillyschen Konzepten der revolutionären Situation und den prodromal signs ist die Bedeutung eines Krieges als Grund für eine Herrschaftskrise. In Russland habe er 1917 zur Unfähigkeit des politischen Systems in allen Bereichen geführt. Darüber hinaus wertet Brinton ihn als Ursache für die finanzielle Misere des Staates (vgl. ebd.: 29 u. 31).

4.2 Notlagen der Bevölkerung: Subjektiv und objektiv

Brinton erkennt wie Lenin den hohen Stellenwert gesellschaftlicher und klassenspezifischer Umstände an. Auf ihnen würden Revolutionen vorrangig beruhen oder ihre Bedeutung steige im Verlauf des Prozesses (vgl. ebd.: 24).

Damit verbunden ist allerdings nicht die Anerkennung von wirtschaftlicher Not unter der Bevölkerung als ein Anzeichen von Revolutionen. Diese Ursache lehnt der Autor kategorisch ab. Er geht noch weiter und konstatiert, dass die Wirtschaft vor Revolutionen florieren würde, denn „revolutions [...] took place in societies economically progressive“ (ebd.: 32). Stattdessen habe im Vorfeld von Revolutionen die Herrschaft massive finanzielle und wirtschaftliche Probleme gehabt (vgl. ebd.: 29). In einer solchen Lage würden nicht Entbehrungen zu Revolutionen führen, sondern ein als inakzeptable empfundener Abstand zwischen den Wünschen der Bevölkerung und ihrem tatsächlichen Besitz. Dieses Gefühl entstehe laut James C. Davies, wenn nach einem wirtschaftlichen Aufschwung Schwierigkeiten aufträten (vgl. ebd.: 30).

Hier liegt also ein klarer Widerspruch zum zweiten Bestandteil der revolutionären Situation nach Lenin vor. Gleichzeitig erkennt man eindeutig eine Gemeinsamkeit zwischen Brinton und Tilly, weil letzterer ebenfalls die Abfolge von steigender Konjunktur und einen Einbruch als Grund von Unzufriedenheit und letztlich einer Revolution ansieht.

Ferner lassen sich Tillys Hypothesen über die Bedrückung durch die Herrschaft mit Brinton ergänzen. Ökonomisch aufgestiegene Schichten würden sehr intensive Feindseligkeiten entwickeln, sollten ihnen der Zugang zur zentralen staatlichen Macht verwehrt bleiben oder sie den Anschein davon haben. Ihr politischer Einfluss und ihr gesellschaftliches Ansehen entsprächen dann nicht ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten (vgl. ebd.: 65f.). Da die Hindernisse zu Führungspositionen von Teilen der Herrschaft selbst errichtet würden, wie beispielsweise in Frankreich und Russland vom Adel (vgl. ebd.: 62f.), dürfen sie als eine Bedrückung durch den Staat im tillyschen Sinne verstanden werden. Für die Integration dieser Widerstände in das Konzept der revolutionären Situation spricht Brintons Einschätzung, sie seien „a fairly reliable preliminary sign of revolution“ (ebd.: 64).

In gleicher die Weise lässt sich eine andere Beobachtung Brintons in das Lenin-Tilly-Schema einfügen. Haben Menschen den Eindruck, dass sie ihr wirtschaftliches Potenzial nicht oder nicht vollständig entfalten könnten, trage das zum Ausbruch einer Revolution bei. Die Hemmung von offizieller Seite sei etwa in Amerika von der damaligen englischen Kolonial-

herrschaft gekommen, deren Vorgehen die Anliegen erfolgreicher Händler zunichte gemacht habe, die daraufhin aufbegehrt hätten (vgl. ebd.: 33).

4.3 Aktivität – Unterstützung: Protest der Bürger

Die soeben behandelte wirtschaftliche Unzufriedenheit führt zum dritten Analyse-Schritt, denn sie kann wie erwähnt die Auflehnung von Bürgern bewirken. Am amerikanischen Beispiel wird gleichzeitig deutlich, dass Brinton wie Lenin und Tilly Protest als eine Folge von Notlagen und vom Vorgehen der Herrschaft einstuft. Das in diesem Fall bloß empfundene Leid lässt die Betroffenen die Initiative ergreifen. Seinen Ausgangspunkt hat es in Maßnahmen staatlicher Stellen. Eine schlechte persönliche Lage und das Handeln der Herrschaft münden zusätzlich bei dem im ersten Analyse-Schritt der Herrschaftskrise erwähnten Steuerangelegenheiten in Aktionen. Die Bevölkerung habe sich gegen die kaum vorhandene Beteiligung an diesem Thema zur Wehr gesetzt (vgl. ebd.: 29).

Eine weitere Anknüpfung von Brintons Untersuchung an den theoretischen Rahmen dieser Projektarbeit ist möglich im Punkt eines Klassenkampfes. An dieser Stelle stehen sich die Ansichten Brintons und Lenins entgegen. Dieser geht auch bei der unrevolutionären und reformerischen Aktivität von ersten Zügen eines Klassenkampfes aus. Brinton macht zwar wie Lenin bisweilen wirtschaftliche Ärgernisse eines Berufsstandes für dessen Aufbegehren verantwortlich. Jedoch sähen die Mitglieder dabei nur ihre persönlichen Interessen. Die ihrer Kollegen seien ihnen unbekannt (vgl. ebd.: 35).

4.4 Revolutionäre Elite: Intellektuelle als Wegbereiter?

Bei der Herausbildung einer revolutionären Elite vor einer Revolution weist Crane Brinton den bereits thematisierten Intellektuellen eine zentrale Stellung zu: „They form the prelude to those efficient revolutionary cells“ (ebd.: 40). Diese Passage erinnert zunächst stark an die Führungsrolle, von der Lenin und Tilly ausgehen. Allerdings legt Brinton nicht genauer dar, wie und wann die geistige Oberschicht sich von Verbänden, die der Herrschaft gegenüberstünden (vgl. ebd.: 39), zu revolutionären Zellen entwickeln. Deswegen kann nicht vollständig geklärt werden, ob die leninsche-tillysche revolutionäre Elite mit der nach Brinton übereinstimmt.

Trotzdem finden sich zwischen ihm sowie Lenin und Tilly einige Parallelen im Hinblick auf die Funktionen der Intellektuellen und der revolutionären Elite. Die Intellektuellen wür-

den sich immer stärker für die vollständige Neuordnung der Herrschaft einsetzen. Sie würden die Revolution auch vorbereiten. In Frankreich hätten ihre Handlungen zum Beispiel zur Einberufung der Generalstände beigetragen, also erste revolutionäre Vorhaben gefördert (vgl. ebd.: 40f.).

Inwiefern Gruppen der geistigen Oberschicht neben der Absicht, die Regierung zu stürzen, eigene Machtansprüche stellen wie es Lenin und Tilly erwarten, lässt Brinton offen.

Hinzu kommt, dass sich einige Intellektuelle selbst nie als revolutionär bezeichnen würden, obwohl sie sich für einen grundlegenden Wandel in zentralen politischen Bereichen engagieren würden (vgl. ebd.: 41).

Bezüglich der ideologischen Führung vor einer Revolution widersprechen sich die Einschätzungen von Brinton und Lenin und Tilly an einigen Stellen. Die Intellektuellen würden sich, nachdem sie dem politischen System ihre Zustimmung entzogen haben, Ideen über eine bessere Zukunft widmen (vgl. ebd.: 46). Diese nennt Brinton sogar selbst „revolutionary myth [...] or ideology“ (ebd.). Außerdem stellen sie für ihn eine unabdingbare Eigenschaft in der Vorphase einer Revolution und für deren Beginn dar: „No ideas, no revolution“ (ebd.: 49).

Allerdings schließen sich die Intellektuellen gemäß Brinton den neuen Ideen lediglich an oder verschreiben sich ihnen. Von einer eigenständigen Erarbeitung, wie sie im gemeinsamen Konzept der revolutionären Situation von Lenin und Tilly vorkommt, geht Brinton nicht aus.

5 Fazit

Linda G. Witte · Philipp Tönjes

Nach der Analyse von Alexis de Tocquevilles und Crane Brintons Ansichten über die Voraussetzungen einer Revolution werden nun die zentralen Erkenntnisse dargestellt, woraus sich die Antwort auf die Forschungsfrage ableitet. Zu bedenken ist aber, dass für eine noch weitergehende Spezifizierung der eingangs präsentierten theoretischen Grundlage mehr Denkerinnen und Denker hinzugezogen werden müssen. Dies könnte Gegenstand zukünftiger Forschungsvorhaben sein. Des Weiteren konzentrierte sich die vorangegangene Untersuchung auf die Hauptwerke der behandelten Theoretiker. Unter Heranziehung weiterer Stellen könnten sich neue Interpretationen ergeben, da vor allem Lenin und Tocqueville zahlreiche Publikationen zum Thema Revolution erstellt haben.

Hinsichtlich der Kategorie der *Herrschaftskrise* hat die Analyse die mangelnde militärische Einsatzfähigkeit und eine zu geringe Anwendung von Zwangsmitteln sowie die daraus resul-

tierende größere Aktivität von Herrschaftsgegnern als Ursachen für eine Revolution bestätigt. Ein Grund für den ineffizienten Einsatz von Ressourcen ist ein fehlender Wille der Herrschaft, diese zu nutzen. Eine zu niedrige Anzahl an Mitteln oder Hindernisse gegenüber deren Gebrauch sind für die von Tocqueville und Brinton erfassten Revolutionen allerdings keine Bedingung. An dieser Stelle wird die theoretische Grundlage erweitert: Ein unangemessenes Verhalten der Regierenden, deren falsche Einschätzung der Situation und ihrer eigenen Problemlösungsfähigkeit sowie ein nicht vorhandenes Gefühl, wann Gewaltanwendung angebracht ist, gehören ebenfalls zu den gesuchten Gründen von Revolutionen. Die Untersuchung bekräftigt ebenfalls eine staatliche Leistungsschwäche als Voraussetzung und als Teil der Herrschaftskrise. Verwiesen sei hier vor allem auf das Unvermögen, die wirtschaftliche Existenz bestimmter Bevölkerungsteile zu sichern. Ergänzt wird die Analysebasis um die verspätete Durchführung von Reformen. Elitenkonflikte sind in Form von Loyalitätsentzug herrschaftstragender Schichten eine Bedingung von Revolutionen. Ihren Ursprung haben die beschriebenen Merkmale einer Herrschaftskrise in staatlichen Finanzproblemen und manchmal in Kriegen.

Der Untersuchungsaspekt *Notlagen der Bevölkerung* wird umbenannt in *eingeschränkte Potenziale der Bevölkerung*. Diese Modifikation der theoretischen Grundlage ist angesichts der Analyseergebnisse erforderlich: Revolutionen treten nicht wegen Wirtschaftskrisen und Verelendung auf, sondern durch einen ökonomischen Aufschwung. In einer solchen Lage entstehen Wünsche nach weiteren Verbesserungen, die nicht mit der Realität vereinbar sind, etwa nach mehr Besitztümern. Die aktuellen politischen und sozialen Umstände erscheinen als Hindernisse dagegen. Dieser Eindruck entsteht, wenn auf eine steigende Konjunktur wirtschaftliche Schwierigkeiten folgen. Der anfangs konstatierte Widerspruch zwischen Lenin und Tilly ist somit zu Gunsten des letzteren aufgelöst. Im Zusammenhang mit einer verbesserten ökonomischen Situation muss auch die Annahme einer Bedrückung durch den Staat korrigiert werden, weil Brinton hier eine neue Perspektive aufwirft. Die Bürger sind nicht schweren Repressalien ausgesetzt, sondern einige Mitglieder der Herrschaft behindern den politischen Aufstieg wirtschaftlich erfolgreicher Menschen. Deren politische Macht entspricht also nicht ihren gesteigerten finanziellen Möglichkeiten.

Für die dritte Komponente des Analysekonzeptes, die *Aktivität der Bevölkerung und die Unterstützung ihrerseits*, hat sich bestätigt, dass die Bürger als Reaktion auf die Herrschaftskrise, das Handeln der Regierenden und eingeschränkte Potenziale die Initiative ergreifen. Ausschlaggebend ist an dieser Stelle, dass revolutionäre Ideen anschlussfähig sind an das Denken der Menschen. Dabei können sie bisweilen sehr aktiv sein, was ohne die Hilfe einer

Elite möglich ist. Gleichzeitig sind die Aktionen der Bürger revolutionär. Klassenbasiert ist ihr Vorgehen nicht, da sie laut Brinton nur aus eigenen Interessen aufbegehren und Tocqueville die gesamte Bevölkerung in Rage sieht. Die Gegensätze zwischen Lenin und Tilly sind folglich geklärt. Die dritte Kategorie wird in *Aktivität der Bevölkerung* umbenannt, denn nur Tilly differenziert zwischen Aktivität und Unterstützung.

Eine *revolutionäre Elite*, der letzte Untersuchungsteil, ist möglicherweise Voraussetzung von Revolutionen. Tocqueville bezweifelt aber deren Notwendigkeit. Eher fungieren bestimmte Schichten als unfreiwillige Wegbereiter, weswegen sie ihre Mitbürger nicht bei revolutionären Tätigkeiten unterstützen. Die Vorreiter wider Willen fordern eine Neuordnung des aktuellen Herrschaftsaufbaus. Eigene Machtansprüche sind jedoch nicht zwingend Ursache von Revolutionen. Eine Gruppe, die sich einer revolutionären Ideologie anschließt, diese Vorstellungen verkörpert sowie versucht, sie in der Bevölkerung zu verbreiten, ist es dagegen.

Trotz der aufgeführten Grenzen dieser Projektarbeit leistet sie einen Beitrag zur weiteren theoretischen Fundierung und Präzisierung des Begriffs der revolutionären Situation und zum Verständnis dafür, welche Bedingungen den Ausbruch von Revolutionen bestimmen. Dazu wurden die Konzepte Lenins und Tillys an einigen Stellen erweitert. Zu überprüfen bleibt, ob sich diese Erkenntnisse angesichts der Praxis aufrechterhalten lassen. Hatte sich in Tunesien zum Zeitpunkt der Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi eine Herrschaftskrise entwickelt? Verbesserte sich vor diesem Ereignis die wirtschaftliche Lage und empfand die Bevölkerung Lasten, die trotzdem noch existierten, als bedrückend? Wurde sie dadurch aktiv?

Literaturverzeichnis

- Alimi, Eitan Y., und David S. Meyer. 2011. Seasons of Change. Arab Spring and Political Opportunities. *Swiss Political Science Review* 17: 475-479.
- Alnasseri, Sabah. 2011. Revolutionäre ernten die Früchte selten. Der 17. Bouazizi 2010. *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 41: 273-294.
- Althusser, Louis. 1962. *Contradiction and overdetermination*. http://home.comcast.net/~platypus1917/althusser_overdetermination_nlr41.pdf. Zugegriffen: 12.03.2014.
- Ben Hamida, Amor. 2011. *Chronik einer Revolution. Wie ein Gemüsehändler einen Präsidenten stürzt*. Norderstedt: Books on Demand.
- Bennani-Chraïbi, Mounia, und Olivier Fillieule. 2012. Pour une sociologie des situations révolutionnaires. Retour sur les révoltes arabes. *Revue française de science politique* 62: 767-796.
- Brinton, Crane. 1965. *The Anatomy of Revolution*. New York: Random House.
- Churchward, Lloyd. 1970. Lenin on Revolutionary Situations. *Australian Left Review* 24: 40-45.
- Dohse, Knuth. 1971. Das politische System in der Krise. Modell einer revolutionären Situation. *Politische Vierteljahresschrift* 12: 555-578.

- Elster, Jon. 2006. Tocqueville on 1789: Preconditions, Precipitants, and Triggers. In *The Cambridge Companion to Tocqueville*, Hrsg. Cheryl B. Welch, 49-80. Cambridge (u. a.): Cambridge University Press.
- Geiss, Imanuel (Hrsg.). 1972. *Tocqueville und das Zeitalter der Revolution*. München: Nymphenburger Verlagshandlung.
- Gerns, Willi. 1988. Revolution und revolutionäre Situation heute. *Jahrbuch des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen* 14: 477-490.
- Herb, Karlfriedrich, und Oliver Hidalgo. 2005. *Alexis de Tocqueville*. Frankfurt am Main (u. a.): Campus.
- Hereth, Michael. 2001. *Tocqueville zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Hidalgo, Oliver. 2006. *Unbehagliche Moderne. Tocqueville und die Frage der Religion in der Politik*. Frankfurt am Main: Campus.
- Jaroslowski, Jan. 1973. *Theorie der sozialistischen Revolution. Von Marx bis Lenin*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Kimmel, Michael S. 1990. *Revolution. A Sociological Interpretation*. Cambridge/ Oxford: Polity Press.
- Kuntz, Philipp, und Mark R. Thompson. 2009. More than Just the Final Straw. Stolen Elections as Revolutionary Triggers. *Comparative Politics* 41: 253-272.
- Langer, William L. 1969. *Political and Social Upheaval. 1832 – 1852*. New York (u.a.): Harper & Row.
- Laqueur, Walter. 1968. Revolution. In *International Encyclopedia of the Social Sciences. Volume 13*, Hrsg. David L. Sills, 501-507. New York: The Macmillan Company & The Free Press.
- Lenin, Wladimir I. 1920. *Der „Linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus. Einige Schlußfolgerungen*.
<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1920/linksrad/kap10.html>. Zugegriffen: 17.04.2014.
- Lenin, Wladimir I. 1951. *Der Zusammenbruch der II. Internationale*. Berlin: Dietz.
- Lenin, Wladimir I. 1958. Die Auflösung der Duma und die Aufgaben des Proletariats. In ders.: *Werke. Band 11*. 95-117. Berlin: Dietz.
- Lenin, Wladimir I. 1967a. Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung. In ders.: *Ausgewählte Werke. Band I*, 133-138. Berlin: Dietz.
- Lenin, Wladimir I. 1967b. Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung. In ders.: *Ausgewählte Werke. Band I*, 139-314. Berlin: Dietz.
- Lim, Merlyna. 2013. Framing Bouazizi. ‚White lies‘, hybrid network, and collective/connective action in the 2010-11 Tunisian uprising. *Journalism* 14: 921-941.

- Mandel, Ernest. 1970. Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewusstseins. In *Lenin. Revolution und Politik*, Hrsg. Paul Mattick et al., 149-205. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marx, Karl. 1957. Die heilige Familie. In *Marx-Engels-Werke. Band 2*, Hrsg. Karl Marx und Friedrich Engels, 7-223. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl, und Friedrich Engels. 1959. Das Manifest der kommunistischen Partei. In dies.: *Marx-Engels-Werke. Band 4*, 459-493. Berlin: Dietz.
- Tilly, Charles. 1973. Does Modernization Breed Revolution? *Comparative Politics* 5: 425-447.
- Tilly, Charles. 1978. *From Mobilization to Revolution*. New York (u.a.): McGraw-Hill.
- Tilly, Charles. 1993. *Die europäischen Revolutionen*. München: C. H. Beck.
- Tocqueville, Alexis de. 1972. Das Ancien Régime und die Revolution. Aus dem fragmentarischen zweiten Band. In *Tocqueville und das Zeitalter der Revolution*, Hrsg. Imanuel Geiss, 211-231. München: Nymphenburger Verlagshandlung.
- Tocqueville, Alexis de. 2013. *Der alte Staat und die Revolution*. Warendorf: Johannes G. Hoof.
- Trotsky, Leo. 1931. *Geschichte der russischen Revolution. Februarrevolution*. Berlin: S. Fischer.
- Welch, Cheryl B. 2001. *De Tocqueville*. Oxford (u. a.): Oxford University Press.
- Welch, Cheryl B. 2006. Introduction: Tocqueville in the Twenty-First Century. In ders.: *The Cambridge Companion to Tocqueville*, 1-20. Cambridge (u. a.): Cambridge University Press.
- Wolpe, Harold. 1970. Some Problems Concerning Revolutionary Consciousness. *Socialist Register* 7: 251-280.
- Zinecker, Heidrun. 1991. Der Marxismus zum Verhältnis von revolutionärer Situation und subjektivem Faktor. Erfahrungen aus Kuba, Nikaragua und El Salvador. *Asien, Afrika, Lateinamerika* 19: 554-570.

Anmerkungen

¹ Dass sich unter Auslöser-Ereignissen dennoch Muster finden und ihre Bedeutung über den eines „Funktens“ mitunter hinausreicht, kann Kuntz⁶ und Thompsons Ansatz entnommen werden (vgl. Kuntz u. Thompson 2009)

² Für die Zielstellung der vorliegenden Arbeit ist die Nachzeichnung dieser Entwicklung von nachrangigem Interesse. Daher soll an dieser Stelle der Hinweis auf das Erste und insbesondere das Zweite Buch von „Der alte Staat und die Revolution“, in denen Tocqueville diese Prozesse umfassend dargelegt hat, genügen.

³ Tocquevilles früher Tod 1859 verhinderte eine geplante Fortsetzung von „Der alte Staat und die Revolution“.